



# iran-report

Nr. 07/2003

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Zehntägige landesweite Unruhen / Opposition bereitet sich auf 9. Juli vor / 135 Parlamentarier protestieren bei Revolutionsführer Chamenei / Human Rights Watch an Chamenei / Reaktion der Parlamentarier auf die Unruhen der letzten Wochen / Studentenorganisation Tahkim-e Wahdat übt scharfe Kritik an Machthabern / Zum Schicksal der iranischen Volksmodjahedi - Durchsuchungen ihrer Büros in Frankreich - Proteste in Paris, Rom, London und Bern / Ataollah Mohadjerani legt Leitung des Amtes für Dialog der Kulturen nieder / Parlamentspräsident Mehdi Karrubi wiedergewählt / Regierung legt Gesetz zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen vor / Kleidungs Vorschriften für Frauen verschärft - Sittenpolizei kontrolliert / Kein Entwicklungsland erleidet einen solchen Aderlass an AkademikerInnen wie Iran: Flucht der „Köpfe“

### II. Wirtschaft

Neue Projekte gegen Arbeitslosigkeit / Iran schlägt für OPEC-Länder eine Einheitswährung vor - Euro als Vorbild / Iranische Gewerkschaften werden sich dem internationalen Standard anpassen / Anteil Irans am Welthandel in 22 Jahren um vier Prozent gesunken / Thyssen-Krupp kauft iranische Anteile

### III. Außenpolitik

IAEA-Bericht verschärft Konflikte zwischen Iran und USA / Bundesentwicklungsministerin Wierczorek-Zeul kritisiert Iran-Politik der USA / Fischer besorgt über iranisches Atomprogramm / Russland will nun doch die atomare Zusammenarbeit mit Iran fortsetzen

*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 08/2003 Anfang August) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juli 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
lorenz@boell.de  
Fax: 030-285 34 - 494  
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel: 030-285 34 - 0  
Fax: 030-285 34 - 109  
Email info@boell.de  
www.boell.de

## I. Innenpolitik

### Zehn Tage lang landesweite Unruhen

Den äußeren Anlass zu den am 10. Juni ausgebrochenen Studentenprotesten boten Privatisierungspläne der Regierung an den Universitäten des Landes. Doch wie schon so oft bei Studentenprotesten mündeten auch diese in politische Demonstrationen, die sich gegen das gesamte System richteten. Neu bei diesen jüngsten Unruhen war die Forderung nach Rücktritt des Revolutionsführers Chamenei sowie dem des Staatspräsidenten Chatami. Diese Radikalisierung war ein eindeutiger Tabubruch. Es war das erste Mal, dass der Revolutionsführer ganz direkt und unverblümt aufgefordert wurde, sein Amt niederzulegen. Auch die Forderung nach dem Rücktritt des Reformpräsidenten Chatami war ein Ausdruck dafür, dass die iranische Jugend die Hoffnung auf Reformen von oben aufgegeben hat und neue Wege und Kampfformen anstrebt.

Begonnen hatten die Unruhen mit einer Demonstration von einigen hundert Studenten, die sich auf dem Campus der Universität Teheran versammelt hatten. Doch bald schlossen sich ihnen Menschen aller Altersstufen und Gesellschaftsschichten an, die offenbar über ausländische Sender über die Demonstration informiert worden waren. „Kanonen, Panzer und Basidji machen uns keine Angst mehr“, riefen die Versammelten. (Basidjis gehören der Massenorganisation für den Aufbau an, sie bilden eine Art radikalislamische Volksmiliz). Zu den weiteren Forderungen gehörten die Freilassung politischer Gefangene. Tausende Autofahrer bekundeten durch Hupen ihre Sympathie für die Demonstranten. Innerhalb kurzer Zeit waren die umliegenden Straßen völlig verstopft, Feuer griff auch auf Regierungsgebäude über, Motorräder wurden angezündet, Fensterscheiben von Banken zertrümmert, Telefonhäuschen beschädigt. Es kam zu Zusammenstößen mit Spezialeinheiten und Beamten in zivil, die mit Schlagstöcken und Messern gegen die Demonstranten vorgingen. Augenzeugen berichteten, dass auch Tränengas eingesetzt wurde. Geheimdienstminister Ali Junessi berichtete von 80 Festnahmen.

Schon am nächsten Tag griffen die Unruhen auf andere Großstädte wie Isfahan, Schiraz, Ahwaz, Mashad über. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei und islamistischen Schlägertruppen. Indes erreichten die Auseinandersetzungen in Teheran einen ersten Höhepunkt. Mitten in der Nacht stürmten Schlägertruppen, die als „Zivilgekleidete“ bezeichnet werden, mit Messern, Ketten, Sprühdosen und Knüppel bewaffnet ein Studentenheim und verletzten dabei 70 Studenten, die ins Krankenhaus gebracht werden mussten. Nach letzten Angaben der Justiz gab es bei den Unruhen, die fast zehn Tage andauerten, rund viertausend Festnahmen. Auch einige „Zivilgekleidete“ sollen festgenommen worden sein. Über den Ablauf der Demonstration ist in der Presse detailliert berichtet worden. Daher beschränken wir uns hier auf einige Aspekte.

Bereits wenige Tage nach Beginn der Unruhen verurteilte Washington das Vorgehen gegen die Studenten. „Wir betrachten den Gewalteinsatz gegen iranische Studenten, die ihre politische Meinung äußern, mit großer Sorge“, erklärte das Weiße Haus. „Iraner haben wie alle Menschen das Recht, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, und die USA unterstützen ihr Bestreben, in Freiheit zu leben. Wir hoffen, dass die Stimme des iranischen Volkes und ihre Sehnsucht nach Demokratie und einem Rechtsweisen gehört werden.“

US-Regierungsberater Richard Perle forderte Deutschland auf, die Demonstrationen offen zu unterstützen. Während seines Aufenthalts in Berlin sagte er: „Deutschland sollte durch öffentliche Unterstützung dazu beitragen, dass die Stimme der Opposition lebendig bleibt. Er ging sogar noch einen Schritt weiter und forderte, die Bundesrepublik sollte mit der politischen und religiösen Führung Irans nicht mehr zusammenarbeiten und darauf verzichten, hochrangige Diplomaten nach Teheran zu schicken. Diese Worte gewinnen an Bedeutung, wenn man die lange vor Ausbruch der Unruhen erklärte Absicht der USA, das Regime in Teheran durch einen Volksaufstand stürzen zu

wollen, in Betracht zieht. Hinzu kommen die Agitationen der persischsprachigen Rundfunk- und Fernsehsender aus den USA, die rund um die Uhr das iranische Volk zur Rebellion ermuntern. Kein Wunder, dass die Konservativen es leicht hatten, mit dem Hinweis auf diese Aktivitäten zu behaupten, die Unruhen seien von fremden Mächten (namentlich von den USA) inszeniert worden. Revolutionsführer Chamenei sagte in seiner ersten Stellungnahme zu den Unruhen, die USA versuchen unzufriedene Menschen „zu ihre Lakaien und Lohnempfänger“ zu machen. Mit Menschen, die sich einer fremden Macht verkaufen, dürfe man kein Erbarmen haben.

Auch Ex-Staatspräsident Hashemi Rafsandjani bezeichnete die Demonstranten als „von USA gesteuerte Konterrevolutionäre“ und „Zöglinge des Schah-Geheimdienstes SAVAK“, die den Auftrag erhalten hätten, Unruhe zu stiften. Erstaunen erweckte die Offenheit Rafsandjanis, mit der er die USA zu Verhandlungen aufforderte. „Wenn die USA vernünftig wären, würden sie mit Leuten verhandeln, die mit ihnen zusammenarbeiten und in der ganzen Region Ordnung bringen könnten.“ Kommentatoren stimmen überein, dass er damit sich selbst und seine Mannschaft meinte. Politische Beobachter in Iran äußern die Befürchtung, dass tatsächlich Rafsandjani, der als die Graue Eminenz der Konservativen und mächtigster Mann in Iran gilt, bereit wäre, den USA und insgesamt dem Westen gegenüber Zugeständnisse zu machen, um im Inland ohne Druck von außen Macht ausüben zu können. Fraglich bleibt allerdings einerseits, ob die USA zu so einem Deal bereit wären und ob es andererseits nicht zu spät ist, um die unzufriedenen Menschen im Land in Schach halten zu können.

Die Reformer reagierten mit Verständnis für die Studenten. Präsident Chatami sagte bei einer Kundgebung in der Stadt Bodjnurd, die Ordnungskräfte sollten den Schlägern und Unruhestiftern Einhalt gebieten. Alle müssten sich an die Gesetze halten. Nicht allein Minister, Abgeordnete und Richter müssten gegen Beleidigungen und Angriffe geschützt werden, sondern alle Bürger sollten das Recht haben, sich im Rahmen der Gesetze frei äußern zu

können. Freiheit sei nur dann gewährleistet, wenn auch Kritiker und Oppositionelle ihre Meinung sagen können. 148 Abgeordnete der Reformfraktion veröffentlichten eine Erklärung, in der sie die Ausübung einer „göttlichen und absoluten Macht“ als „Ketzerie“ bezeichneten. Das Volk habe das Recht, die Handlungen seiner Führer zu überwachen, zu kritisieren und sie abzusetzen, „wenn es mit ihnen unzufrieden ist“. Die Einsetzung einer „göttlichen und absoluten Macht“ und die damit verbundene Einschüchterung der Menschen bedeute eine „Unterdrückung der menschlichen Würde“.

Die Auseinandersetzung über die Folgen der Unruhen gehen weiter (s. auch weitere Stellungnahmen in dieser Ausgabe S. 6 und 7). Die letzte Nachricht bei Redaktionsschluss: Vier Parlamentsabgeordnete sind in einen 48stündigen Sitzstreik getreten. Sie fordern genaue Informationen über die Vorgänge bei den Unruhen sowie über das Schicksal der inhaftierten Studenten. Sie haben erklärt, ihr Mandat niederzulegen, sollte ihr Streik zu keinem positiven Ergebnis führen.

#### **Opposition bereitet sich auf den 9. Juli vor**

Nach Einschätzung politischer Beobachter gelten die jüngsten Unruhen als Auftakt zu den für den 9. Juli angekündigten Demonstrationen. Der 9. Juli ist der Jahrestag des Überfalls islamistischer Milizen auf ein Studentenheim in Teheran im Jahre 1999. Der Überfall hatte zu schweren Auseinandersetzungen geführt, bei denen zwei Studenten ums Leben kamen und mehrere Hundert Studenten verhaftet wurden. Einige von ihnen befinden sich immer noch in Haft. Die Unruhen lösten auch eine Staatskrise aus, eine Krise, die als Beginn einer noch andauernden Kampagne der Konservativen gegen die Reformbewegung betrachtet werden kann.

Mehre Gruppen im Inland sowie einige Gruppen der Auslandsopposition haben für den 9. Juli zu landesweiten Demonstrationen aufgerufen. Dazu gehört auch „Die Demokratische Nationalfront“, die von dem ehemaligen Studentenführer Heshmattollah Tabarzadi geführt wird. Sie hat alle Oppositionsgruppen im In- und Ausland aufgefordert, Bündnisse zu schließen und an der Demonstration teilzunehmen. Es wird allgemein damit gerechnet, dass

es an diesem Tag landesweit zu großen Unruhen kommen wird. Das Innenministerium in Teheran hat alle Versammlungen außerhalb der Universitäten verboten. Dennoch sind einige Gruppen entschlossen, sich dem Diktat des Staates nicht zu beugen. „Wir werden geschlagen, wir werden eingeschüchtert und inhaftiert“, sagte einer der studentischen Aktivisten. „Wir sind erschöpft. Aber wir werden unsere Kundgebungen für Freiheit und Demokratie abhalten und die Bestrafung derjenigen verlangen, die unsere Wohnheime überfallen haben und immer noch frei sind.“

Niemand wird mit Bestimmtheit sagen können, was am 9. Juli geschehen wird. Die Atmosphäre ist äußerst gespannt, die Erwartungen sind sehr groß. Doch es wäre illusionär zu glauben, es könnte an diesem Tag zu gewaltigen Unruhen kommen, die dann zu einem Volksaufstand und einem Regimewechsel führen könnten. Denn die Opposition im Inland ist nicht organisiert. Ihr fehlen die Mittel, das Regime zu zwingen, die Macht aufzugeben. Sämtlich legalen Parteien und Gruppen, von den Konservativen bis zu den Reformern gehören dem Machtapparat an. Zwei Gruppen, die „Freiheitsbewegung“ und die „National Religiösen“, die am Rande der Legalität existieren, genießen zwar eine beachtliche Popularität in der Bevölkerung, doch sie sind eher als politische Strömungen denn als straff organisierte Parteien anzusehen. Zudem sitzen einige ihrer Führer in Haft. Die einzige Schicht, die halbwegs organisiert ist, sind die Studenten. Aber auch sie bilden keine Einheit. Die größte Studentenorganisation, „Tahkim-e Wahdat“, ist aus dem islamischen Lager hervorgegangen. Sie hat Jahre lang die Reformpolitik Chatamis unterstützt. Erst seit etwa einem Jahr ist sie dazu übergegangen, radikalere Töne anzuschlagen, was innerhalb der Organisation zu Auseinandersetzungen und Spaltungen geführt hat.

Die Auslandsopposition ist zwar zum Teil organisiert, aber auch diesen Organisationen fehlen die Mittel, um einen Volksaufstand zustande zu bringen. Die meisten von ihnen verfügen ohnehin über keine Basis im Volk. Die Organisation der „Volksmodjahedin“, die am besten organisierte Auslandsgruppe, ist nach den jüngsten Ereignissen völlig außer Gefecht gesetzt. (s. diesen Bericht Seite 8).

Die zweite Gruppe, die auch tatsächlich über eine gewisse Basis im Inland verfügt, bilden die Monarchisten um den Sohn des 1979 gestürzten Schahs. Sie erhalten zwar von den USA politische und finanzielle Unterstützung, verfügen auch über Fernseh- und Radiosender, die in Iran massenhaft gesehen und gehört werden, doch all dies kann längst nicht ausreichen, um die herrschende Macht in Iran, die neben der Armee und der Organisation der Revolutionswächter über zahlreichen paramilitärische Organisationen verfügt und den größten Teil der Wirtschaft des Landes für sich monopolisiert hat, zu bezwingen. Es gibt auch andere Gruppen im Ausland, die die gesamte politische Palette von radikal links bis radikal rechts abdecken. Die radikallinken Gruppen sind zumeist Abspaltungen aus linken Parteien und Organisationen. Die meisten von ihnen sind in Iran nicht einmal mit Namen bekannt, sie sind von der realen Lage des Landes weit entfernt, vertreten Thesen, die vor Jahrzehnten aktuell waren. Ihre Chance, bei den innenpolitischen Auseinandersetzungen eine Rolle zu spielen, ist gleich null.

Die gemäßigten Gruppen, ehemalige Linke, Liberale, Nationaldemokraten, haben in den letzten Jahren zumeist die Reformbewegung Chatamis unterstützt. Nun haben sie sich in einem Bündnis unter der Bezeichnung „Republikaner“ zusammengeschlossen. Ihr Bestreben ist, mit gleichgesinnten Gruppen im Inland zusammen zu arbeiten. Neben diesem Bündnis gibt es auch Gruppen und Verbände, wie zum Beispiel die Liga für Menschenrechte in Iran, deren Aktivitäten sich eher auf politische, gesellschaftliche und kulturelle Aufklärung konzentrieren.

Insgesamt betrachtet, scheint die iranische Opposition zurzeit nicht in der Lage zu sein, einen Regimewechsel herbeizuführen. So müssen die jüngsten Unruhen, auch jene, die möglicherweise am 9. Juli stattfinden werden, als wichtige Etappen eines Zermürbungsprozesses eingestuft werden: Dem Regime wird stückweise die politische Legitimation entzogen, die Machthaber werden immer weiter isoliert. Das ist ein Prozess, der bereits vor Jahren, spätestens jedoch mit der Wahl Chatamis zum Staatspräsidenten begonnen hat und viel Zeit braucht, um zum Ziel zu gelangen. Er ist aber auch ein Reifeprozess, der das Volk auf eine demokratische Gesellschaft vorbereitet. Ohne

diesen Reifeprozess, der inzwischen eine hohe Qualität erreicht hat, würde ein Regimewechsel höchstwahrscheinlich in eine neue Diktatur münden.

### **Protestbrief von 135 Parlamentariern an Revolutionsführer Chamenei**

Das Land befinde sich am Rande des Abgrunds, mahnen 135 Parlamentsabgeordnete in einem offenen Brief an Revolutionsführer Chamenei. (siehe auch Iran-Report 06/2003) Die Gefahr, die nicht nur die Staatsordnung der Islamischen Republik, sondern sogar die Souveränität des Landes bedrohe, sei noch nie so stark gewesen. In ungewöhnlicher Offenheit und Schärfe beklagen die Unterzeichner, die der Reformfraktion angehören, dass einige Gruppen seit Jahren das Ziel verfolgen, durch Mordattentate, Niederschlagung von Studentenprotesten, Verbot von kritischen Zeitungen und Zeitschriften und durch Willkürurteile der Justiz die Errungenschaften der Reformbewegung zunichte zu machen. Der Wächterrat habe durch seine Blockadepolitik das Parlament und die Regierung praktisch lahm gelegt. Er lege die Verfassung so aus, als bestehe sie aus einem einzigen Paragraphen, der dem Revolutionsführer uneingeschränkte Rechte und Befugnisse einräume. „Hätte man seinerzeit bei der Abstimmung über die Verfassung dem Volk diese Interpretation vorgelegt, wäre die Entwicklung in Iran ganz anders verlaufen“, schreiben die Abgeordneten. Auch das Vorgehen der Justiz, die inzwischen die Speerspitze der Reformgegner bilde, könne nicht mehr geduldet werden. Es müsse endlich etwas geschehen.

Der Brief erschien einige Tage vor den Studentenunruhen. Er wurde wenige Stunden nach seiner Veröffentlichung durch die studentische Nachrichtenagentur ISNA aus dem Verkehr gezogen. Alle Medien schwiegen über den Brief. Auch die Unterzeichner hüllten sich in Schweigen. Durch das Veröffentlichungsverbot, das vom Nationalen Sicherheitsrat ausgesprochen wurde, sollte die Verbreitung des Briefes verhindert werden. Dennoch war das ganze Land innerhalb weniger Stunden darüber informiert, Anlass genug für die Schlägertruppen, um gegen die Unterzeichner der Erklärung vorzugehen. Das Büro eines Abgeordneten aus Karadj, einer Stadt nördlich von Teheran, wurde in Brand gesteckt. Andere Abgeordnete erhielten Drohbriefe. Meh-

rere Veranstaltungen, an denen die Unterzeichner teilnahmen, wurden gewaltsam gesprengt. Ein Abgeordneter sagte während einer öffentlichen Sitzung des Parlaments wütend: „Wir leben in einem Land, das von Messerstechern regiert wird.“ Auch die Freitagsprediger griffen beim gemeinsamen Gebet die Unterzeichner scharf an. Sie bezeichneten den Brief als „Verrat an den islamischen Staat“, als „beschämend“ und „konterrevolutionär“. Die Abgeordneten seien Lakaien der USA und Israels. Sie hätten die Absicht, mit dem Brief der USA den Weg nach Iran zu ebnet.

Die Organisation „Ansar-e Hezbollah“ (Helfer der Partei Gottes), die gewöhnlich die Schlägerbanden organisiert und Mordattentate gegen Oppositionelle ausführt, forderte die Abgeordneten auf, den Brief zurückzunehmen und ihren Standpunkt zu ändern, andernfalls würden sie „von der revolutionären Wut der Hezbollah nicht verschont werden“.

Es gab auch zahlreiche Demonstrationen, bei denen die Parole „Tod den amerikanischen Parlamentariern“ skandiert wurde. Als wenige Tage später die Unruhen an den Universitäten begannen, wurden diese als bewusst geplante Folge des Briefes bezeichnet.

### **Human Rights Watch an Revolutionsführer Chamenei – Offener Brief**

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch forderte in einem offenen Brief Revolutionsführer Chamenei auf, dem gewaltsamen Vorgehen der Schlägertruppen gegen demonstrierende Studenten Einhalt zu gebieten und die Täter, die Studentenheime überfallen und Demonstranten tätlich angegriffen haben, gerichtlich zu verfolgen. In diesem Zusammenhang verlangt die Organisation, ein unabhängiges Untersuchungskomitee einzusetzen, das so rasch wie möglich die Täter und deren Auftraggeber herausfindet und vor Gericht stellt.

In dem Brief heißt es: „In den letzten Tagen haben Schläger, die als ‚Zivilgekleidete‘ bezeichnet werden und mit Knüppel, Ketten und Messer bewaffnet waren, Demonstranten brutal angegriffen. Manche von ihnen sind sogar mit ihren Motorrädern in die Reihen der Demonstranten hinein gefahren und haben damit zahlreiche Personen zum Teil

schwer verletzt. Als einige Schläger gefragt wurden, warum sie auf die Studenten einschlagen, gaben sie zu Antwort, sie hätten den Auftrag von Ihnen (vom Revolutionsführer) erhalten."

Die Menschenrechtsorganisation weist darauf hin, dass die Verantwortlichen gemäß der iranischen Verfassung sowie nach internationalem Recht dazu verpflichtet seien, gegen solche Gesetzesbrecher vorzugehen und sie vor Gericht zu stellen. Sie erinnern den Revolutionsführer daran, dass er im November 2002 an demonstrierende Studenten die Warnung gerichtet habe, er werde, falls sie die Unruhen nicht beenden würden, das Volk auffordern, gegen sie einzuschreiten. Es sei zu fragen, ob unter der Bezeichnung „Volk“ diese Schlägertruppen gemeint seien, die überall im Land erneut gegen Kritiker und Oppositionellen Front gemacht hätten.

#### **Reaktion der Parlamentarier auf die Unruhen der letzten Wochen**

166 Abgeordnete des islamischen Parlaments haben in einer Stellungnahme zu den jüngsten Demonstrationen, die am 22. Juli in Teheran veröffentlicht wurde, erklärt, die Ursachen der Unruhen lägen darin, dass die Politik die Forderungen der Bevölkerung ignoriert und ihr kaum die Möglichkeit zur Kritik gewährt habe. Unter diesen Umständen sei es nachvollziehbar, dass geringe berufliche Forderungen in gesamtgesellschaftliche Protestbewegungen ausarten, die dann ausländischen Mächten die Gelegenheit geben, sich in die Angelegenheiten Irans einzumischen.

Die Abgeordneten zeigen sich empört über den „entwürdigenden Umgang mit Studenten und Universitäten“. „Der feige Überfall auf Studentenheime“ zeuge von „Hass und Rachsucht gegen Intellektuelle“. Die Parlamentarier erklären ihre Solidarität mit den Forderungen der Studenten und ihren „legalen“ Protesten, warnen aber auch vor Intriganten und Provokateuren, die sich unter den Studenten mischen könnten.

#### **Erklärung der Studentenorganisation Tahkim-e Wahdat zu jüngsten Unruhen**

Die größte Studentenorganisation Irans, Tahkim-e Wahdat, hat am 14. Juni eine scharf formulierte Stellung-

nahme zu den jüngsten Unruhen veröffentlicht. Darin wirft sie den Machthabern des Landes vor, „Jahre lang die Stimmen der Opposition, ja sogar die der Kritiker, erstickt“ zu haben. Sie hätten, „nachdem sie ihre hässlichen Untaten im Spiegel der Kritik gesehen hatten, entweder den Spiegel zerschlagen oder jene, die ihnen den Spiegel vorgehalten haben, in den Kerker gesteckt.“ Diese scharfe Kritik ist umso bemerkenswerter als es sich bei Tahkim-e Wahdat um eine Organisation handelt, die Jahre lang der herrschenden Macht nahe stand und als eine stabilisierende Kraft innerhalb der Studentenschaft gewirkt hat.

Die Studenten weisen darauf hin, dass die Machthaber jede warnende Stimme als feindlich bezeichnet und erstickt haben. Gerade diese Praxis habe den Boden für landesweite Proteste bereitet. In der Erklärung werden die Schlägergruppen, die die Demonstranten angegriffen und ein Studentenheim überfallen haben, als „Killer“, als „ein Heer von Messerstechern“ bezeichnet, die im Auftrag der Machthaber handeln. Abschließend wird in der Erklärung der Staatspräsident aufgefordert, „das Volk von den Lumpen zu befreien“ und gemäß dem Eid, den er geleistet habe, jeden Schaden vom Volk abzuwenden.

Indes haben 106 studentische Aktivisten im Vorfeld zum 9. Juli, dem vierten Jahrestag der Studentenunruhen von 1999, einen offenen Brief an Staatspräsident Chatami veröffentlicht. „In den letzten Tagen haben wir beobachtet, wie abermals gegen die Verfassung und gegen die verbrieften Rechte der Bürger verstoßen wurde“, schreiben die Unterzeichner. „Das Vorgehen von verantwortungslosen, unausgebildeten Personen, die in Zivil gekleidet oder mit gemusterten Hemden im Namen der Sicherheit als Ordnungskräfte gegen Passanten und Studenten auftreten, lässt sich unter keinen Umständen legitimieren. „Sollte die Polizei nicht in der Lage sein, für Ordnung zu sorgen, dann sollte der Oberste Rat der nationalen Sicherheit den Ausnahmezustand ausrufen, damit das Ausmaß der Katastrophe in unserem Land sichtbar wird und den Bürgerinnen und Bürgern klar wird, dass nicht die Polizei, sondern das Militär, vor allem paramilitärische Organisationen für die öffentliche Sicherheit verantwortlich sind.“

Die Studenten erinnern den Präsidenten an seinen Eid, der ihn dazu verpflichtete, für die Einhaltung der Verfassung zu sorgen und das Recht der Bürger zu schützen. Sie fragen, wie sich diese Verpflichtungen mit dem Menschenraub und anderen Vorgängen der letzten Tage vereinbaren lasse. „Sollten Sie, Herr Präsident, hier nicht endlich Ihr resignierendes Schweigen brechen und zum Schutz der Studenten und gegen die Gesetzesbrecher ein paar Worte sagen?“

Der 9. Juli stehe bevor, erklären die Studenten. Sie hätten in den vergangenen Jahren nie die Gelegenheit bekommen, das Volk an die beschämende Katastrophe, die vor vier Jahren stattgefunden habe, zu erinnern. Nun habe das Innenministerium für diesen Tag alle Versammlungen außerhalb der Universitäten verboten und die Verantwortlichen für die Universitäten seien ebenfalls nicht gewillt, innerhalb der Universitäten Studentenversammlungen zu dulden. „Glauben Sie nicht, dass die Jahre lange Unterdrückung einen alles vernichtenden Schrei auslösen könnte?“

Warnend erklären die Studenten, dass diese Sätze den letzten Versuch zu einem Dialog mit der Regierung darstellen. „Sollte dieses letzte Band zwischen der Studentenschaft und der gewählten bzw. ernannten Führung des Staates abreißen, wird eine große Katastrophe das ganze Land heimsuchen. Deshalb bitten wir Sie, solange es nicht zu spät ist, dem Geschehen Einhalt zu gebieten. Sollten Sie jedoch dazu nicht in der Lage sein, fordern wir Sie auf, einen mutigen Schritt zu wagen und Ihr Amt niederzulegen, um nicht weiterhin die Brutalitäten der herrschenden Politik legitimieren zu müssen. Den Umgang der Studenten mit der herrschenden Macht können Sie gestrost uns überlassen.“

Einer der Unterzeichner des Briefes ist Abdollah Momeni, Vorstandsmitglied von „Tahkim Wahdat“. Er wurde, wie der Internetdienst Rouydad berichtet, am 26. Juni nach einer Vorstandssitzung zusammen mit dem früheren Vorstandsmitglied Olfati von einigen „Zivilgekleideten“ bedroht, in ein Auto gezerrt und abgeführt.

### **Das Schicksal der iranischen Volksmodjahedin**

Die Organisation der iranischen Volksmodjahedin, die bereits unter dem Schah existierte und deren Führer zu den bekanntesten politischen Häftlingen zählten, gehörte zu Beginn des Aufstands gegen den Schah zu den wichtigsten Stützen der islamischen Revolution. Zwar hatte sie ideologisch einige Theorien der Linken übernommen, doch in ihrem Kern gehörte sie zu jener Strömung, die den Islam politisch und revolutionär interpretierte und ihn für den Kampf gegen die Schah-Diktatur sowie gegen den Imperialismus einsetzte. Nach dem Sturz des Schahs genoss die Organisation eine große Sympathie unter der Bevölkerung, geriet jedoch bald in Konflikt mit der führenden Geistlichkeit. Der Streit wurde schließlich 1981 bewaffnet ausgetragen. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte, Hunderte Mitglieder der Volksmodjahedin wurden nach ihrer Haft hingerichtet. Die Organisation ging in den Untergrund. Ein Teil ihrer Führung flüchtete nach Paris und gründete dort gemeinsam mit anderen Organisation und prominenten Politikern, wie Ex-Staatspräsident Bani Sadr, den „Nationalen Widerstandsrat“, der als Alternative zu dem Regime in Teheran aufgebaut werden sollte. Doch bald führten Kontroversen innerhalb des Rats zu Spaltungen.

Mitte der 80er Jahre, in einer Zeit, in der Iran und Irak sich im Krieg befanden, siedelten die Volksmodjahedin in den Irak über. Hier konnten sie mit finanzieller und militärischer Hilfe des Saddam-Regimes eine kleine, gut ausgerüstete Armee mit rund zehntausend Mitgliedern aufbauen. Von hier aus versuchten sie Angriffe gegen Iran zu starten. In Iran selbst haben sie zahlreiche Terroranschläge durchgeführt. Laut Aussagen kurdischer Organisationen bzw. ihrer eigenen Mitglieder, die sich inzwischen von der Organisation getrennt haben, sollen sie auch bei der Niederschlagung der Kurden der irakischen Armee Schützenhilfe geleistet haben.

Ideologisch hat sich die Organisation im Laufe der Jahre zusehends verhärtet. Man kann ihre Ideologie als eine Mischung von Islamismus und Stalinismus beschreiben, untermauert von ausgeprägten Eigenschaften einer Sekte, wozu Märtyrertum, strenge Disziplin, blinde Gefolgschaft gehören. Kritiker

in eigenen Reihen wurden in Haft genommen und nach Zeugenaussagen schwer gefoltert.

Im Zuge des Irak-Krieges wurden die Volksmodjahedin, die sowohl von den USA als auch von der EU als terroristisch eingestuft wurden, in Mitleidenschaft gezogen. Ihre Stützpunkte wurden bombardiert, wobei rund 50 ihrer Mitglieder ums Leben kamen. Schließlich schloss die US-Armee ein Waffenstillstandsabkommen mit ihnen, ein Vorgang, der im krassen Widerspruch zu dem von den USA erklärten Kampf gegen den internationalen Terrorismus stand. Offensichtlich wollten die USA die Volksmodjahedin als Faustpfand einsetzen, um die Machthaber in Iran zu Konzessionen zu zwingen.

Zahlreiche Mitglieder der Organisation flüchteten in die Nachbarländer, einige nach Europa, ein Teil der Führung begab sich nach Paris. Dies lieferte vermutlich für die französische Polizei den Anlass, eine groß angelegte Razzia gegen die Organisation zu starten. In den frühen Morgenstunden des 17. Juni durchsuchten mehr als 1200 Spezialkräfte der Polizei auf Anordnung des Pariser Untersuchungsrichters Jean-Louis Bruguière 13 Büros und Wohnungen der Volksmodjahedin in Vororten der Hauptstadt, unter anderem den Europa-Sitz der Organisation in Auvers-sur-Oise. Ziel der Durchsuchungen waren, wie das Innenministerium in Paris erklärte, „organisatorische und logistische Stützpunkte“ der Organisation. Nach Polizei-Angaben wurden bei den Razzien 165 Personen verhaftet, darunter Maryam Rajavi, die von der Organisation als künftige Präsidentin Irans auserwählt wurde. Außerdem beschlagnahmte die Polizei Parabolantennen, Computer, kugelsichere Westen und mehrere Millionen Dollar in bar. Ferner wurden ein Stadtplan von Paris mit Hinweisen auf die US-Botschaft sowie Namenslisten von iranischen Geheimdienstlern sichergestellt.

Das Außenministerium in Teheran hat die Polizeiaktion als „einen positiven Schritt“ bezeichnet. Hamidreza Asefi, Sprecher des Ministeriums sagte: „Wir haben schon lange auf einen solchen Schritt gewartet, zumal die Europäische Union die Organisation als terroristisch eingestuft hat. Wir hatten schon längst den Behörden in Frankreich unsere Erkenntnisse über die Ak-

tivitäten der Gruppe zur Verfügung gestellt.“

Die Aktion löste bei den Mitgliedern und Sympathisanten der Volksmodjahedin in mehreren Ländern Westeuropas heftige Proteste aus. In Paris, London, Rom und Bern versammelten sich Demonstranten vor dem Innenministerium bzw. vor der französischen Botschaft. Einige Demonstrantinnen und Demonstranten steckten sich selbst in Brand. Zwei von ihnen erlagen den Brandverletzungen, andere wurden mit schweren Verbrennungen ins Krankenhaus geliefert.

Der französische Premierminister Jean-Pierre Raffarin verteidigte die Polizeiaktion, die wegen der weltweiten terroristischen Aktivitäten „im nationalen Interesse“ des Landes gelegen habe: „Es ging darum, das Rückgrat einer Organisation auf unserem Territorium zu zerschlagen, die von der Europäischen Union als terroristisch eingestuft wird.“

Inzwischen hat die französische Justiz, ungeachtet der Proteste, gegen mehrere Mitglieder der Volksmodjahedin, darunter gegen Maryam Rajavi wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Beschuldigten wurden in Haft genommen.

Der Nationale Widerstandsrat bezeichnete die Haft als „ungerechtfertigt“ und als „Beschmutzung“ des in der französischen Verfassung verbrieften Asylrechts sowie der Menschenrechte. Der Sprecher des Internationalen Komitees für die Verteidigung iranischer Flüchtlinge nannte die Inhaftierung einen „monumentalen Fehler“ der französischen Justiz. „Es wird Tote geben“ sagte er im Hinblick auf den Hungerstreik, den die Sympathisanten der Volksmodjahedin in Paris begonnen hatten.

Letzte Meldung vor Redaktionsschluss: Laut einer Meldung der dpa hat ein Berufungsgericht in Paris die Freilassung der inhaftierten Mitglieder der Volksmodjahedin angeordnet. Für die Entlassung der Präsidentin der Organisation, Maryam Rajavi, soll das Gericht eine Kautionsumme von 80.000 Euro festgesetzt haben. „Es war klar, dass es keine terroristischen Handlungen auf französischem Boden gegeben hat“, sagte der Anwalt der Volksmodjahedin Henri Leclerc. „Wenn es Taten gab,

dann haben die sich gegen die iranische Tyrannei gerichtet.“

#### **Ataollah Mohadjerani legt Leitung des Amtes für Dialog der Kulturen nieder**

Wie die in Teheran erscheinende Tageszeitung „Hamshahri“ berichtet, hat Präsident Chatami nach langem Zögern dem Rücktritt Mohadjeranis als Leiter des Amtes für den Dialog der Kulturen zugestimmt. Mohadjerani, der Jahre lang als Kultusminister in Chatamis Kabinett tätig war, diente den Konservativen wegen seiner relativ liberalen Position stets als Zielscheibe. Zweimal wurde im Parlament gegen ihn ein Misstrauensvotum beantragt. Zweimal vergeblich. Eine unaufhörliche Kampagne der rechten Presse führte schließlich zu seinem Rücktritt. Chatami ernannte ihn danach zum Leiter des Amtes für den Dialog der Kulturen, das direkt dem Präsidenten unterstand und jene Initiative fortsetzen sollte, die Chatami auf internationaler Ebene zur Verständigung der Völker begonnen hatte. Doch auch in diesem Amt fand die Kampagne gegen Mohadjerani, bei der auch sein Privatleben nicht verschont wurde, kein Ende. Man warf ihm Korruption und moralisches Fehlverhalten vor. Bereits seit länger als einem Jahr war bekannt, dass Mohadjerani den Präsidenten um seine Entlassung gebeten hatte. Nun scheint Chatami dem Begehren seines Mitarbeiters nachgegeben zu haben. Auffallend ist, dass der Rücktritt von der Presse kaum wahrgenommen wurde.

Der Nachfolger Mohadjeranis ist laut „Hamshahri“ Mahmood Borudjerdi. Wie die Zeitung berichtet soll er das Amt, dessen Wirkung in letzter Zeit spürbar reduziert worden war, reaktivieren. Wie dies zu leisten sein soll, bleibt ein Rätsel. Denn ein Land, in dem Meinungs austausch, Kritik oder gar kontroverse Standpunkte gegen die zumeist von den Konservativen festgelegte Politik juristische Sanktionen zur Folge haben, kann sich schwerlich einen freien Dialog mit anderen Kulturen leisten.

#### **Wiederwahl des Parlamentspräsidenten Mehdi Karrubi**

210 von 221 anwesenden Abgeordneten stimmten bei der Wahl des Parlamentspräsidenten für den einzigen Kandidaten Mehdi Karrubi. Von seiner politi-

schen Herkunft gehört Karrubi zwar eher dem Lager der Konservativen an, doch er hat sich während seiner bisherigen Amtszeit, wenn auch zumeist vergeblich, vehement für die Rechte des Parlaments eingesetzt. Inzwischen gilt er als eine wichtige Figur, die versucht, zwischen den Fraktionen zu vermitteln und Kompromisse zu finden. Er wurde zu Beginn der laufenden sechsten Wahlperiode, in der die Reformer die Mehrheit bilden, zum Präsidenten gewählt. Mit seiner Wiederwahl wird er wohl sein Amt bis zur nächsten Parlamentswahl im Frühjahr nächsten Jahres fortsetzen.

#### **Regierung legt ein Gesetz zur Legalisierung der Abtreibung vor**

Nach einem Bericht der in Teheran erscheinenden Tageszeitung „Hamshahri“ hat die Regierung dem Parlament ein Gesetz zur Legalisierung der Abtreibung vorgelegt. Die Vorlage wurde vom Gesundheitsministerium ausgearbeitet und vom Kabinett verabschiedet. Die Initiative wird mit der rapiden Zunahme von illegalen und medizinisch unvertretbaren Schwangerschaftsabbrüchen begründet. Für die Vorlage soll die Regierung zuvor die Zustimmung einiger religiöser Instanzen eingeholt haben. Sollte das Gesetz im Parlament verabschiedet werden und (was noch schwieriger sein wird) die Zustimmung des Wächterrats erhalten, wird es künftig den zuständigen Fachärzten erlaubt sein, bis zum vierten Schwangerschaftsmonat eine Abtreibung vorzunehmen. Voraussetzung dafür ist neben der Zustimmung der Frau auch die Zustimmung des Mannes.

Hamshahri berichtet, dass in Iran 27 Prozent der Kinder unerwünscht geboren werden. Meist werden sie in Familien hineingeboren, die finanziell oder physisch, zum Beispiel wegen des hohen Alters der Eltern, nicht in der Lage sind, die Kinder zu ernähren bzw. zu erziehen.

#### **Verschärfung der Kleidungs Vorschriften für Frauen**

Wie das persischsprachige Programm der BBC berichtet, haben die konservativen Machthaber in den letzten Wochen die Kleidungs Vorschriften für Frauen verschärft. Laut einer offiziellen Anordnung an die Textilindustrie des Landes wurde Kleidungsproduzenten eine

Frist von einem Monat gesetzt, damit sie Damenkleider, die den vorgeschriebenen Regeln nicht entsprechen, aus ihren Lagern entfernen. Dieselbe Anordnung haben alle Großhandlungen und Bekleidungsgeschäfte erhalten.

Vorgeschrieben sind weite, lange, dunkelfarbige Kleider und Kopftuch. Doch in den letzten Jahren haben es die meisten iranischen Frauen gewagt, immer kürzere und farbige Umhänge und Kleider zu tragen und Kopftücher zu benutzen, die die Kopfhare nicht vollständige bedeckten.

Einige Geschäftsinhaber haben berichtet, dass ihre Geschäfte in den letzten Tagen von der Sittenpolizei kontrolliert worden seien. Weitere Berichte besagen, dass ähnliche Kontrollen auch in den Restaurants und Cafés durchgeführt worden seien.

Diese jüngsten Maßnahmen haben in Kreisen der Reformer Proteste hervorgerufen. Ashraf Borudjerdi, Vorsitzende des Sozialrats im Innenministerium, sagte der studentischen Nachrichtenagentur ISNA, es sei zu erwarten, dass der Kommandant der Ordnungskräfte diese neue Anordnung nicht akzeptieren wird. Fatemeh Rakei, Parlamentsabgeordnete aus Teheran, erklärte gegenüber der Tageszeitung Aftab-e Yazd: „Ich habe immer wieder gesagt, dass man sich mehr um wichtigere Fragen kümmern und mit Konflikten der Jugend auseinandersetzen soll, als solche Maßnahmen zu treffen, die vor allem Jugendliche abschrecken und sie vom Glauben entfernen.“

Nach einem Bericht der Tageszeitung „Entekhab“ äußerte der Rechtswissenschaftler Mohammad Saleh Nikbakht die Ansicht, die getroffenen Maßnahmen seien widerrechtlich. Es gäbe kein Gesetz, das den Verkauf von bestimmten Kleidern verbiete. Ausgenommen seien natürlich Kleider, die moralisch nicht zu vertreten sind. Auch die bekannte Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin Shirin Ebadi sprach sich in einem Gespräch mit ISNA gegen die Maßnahmen aus. Polizeimaßnahmen hätten nie den Weg zur Kultur und Moral ebnet können, meinte sie.

#### **Flucht der „Köpfe“**

Laut offiziellen Statistiken verlassen jährlich 150 bis 180tausend Akademiker das Land. Damit steht Iran unter 91

Ländern, die als Entwicklungsländer bezeichnet werden, diesbezüglich an erster Stelle. Shahram Yazdani, Professor an der Beheshti-Universität in Teheran berichtete bei einem Vortrag vor dem Führungsstab der Planorganisation, dass zurzeit mehr als 150tausend iranische Chirurgen und Ingenieure in den USA leben. Der Grund für die Flucht der „Köpfe“ bestehe in der allgemeinen Unzufriedenheit junger Akademiker, in dem Mangel an Zukunftsperspektive und nicht zuletzt in der hohen Arbeitslosigkeit. Nach offiziellen Angaben seien zum Beispiel 13 Prozent der Ärzte arbeitslos. In Wirklichkeit sei die Zahl wesentlich höher. Sie liege etwa bei 20 Prozent.

## II. Wirtschaft

### Neue Projekte gegen Arbeitslosigkeit

Wie das persischsprachige Programm der BBC berichtet, erreichen jährlich rund 1,8 Millionen junge Frauen und Männer das achtzehnte Lebensjahr. Das sind neun Millionen Menschen, die in den nächsten fünf Jahren auf den Arbeitsmarkt kommen werden. Nach amtlichen Statistiken sind zurzeit in Iran über drei Millionen Menschen arbeitslos. Fachleute bezeichnen diese Angaben als weit untertrieben. Ihrer Meinung nach liegt die Arbeitslosigkeit mindestens bei 17 Prozent. Die meisten jungen Menschen finden keine Arbeit, die Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit haben bislang keine große Wirkung gezeigt.

Nach einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA hat der „Oberste Rat der Arbeit“, dem Staatspräsident Chatami vorsitzt, erklärt, er werde innerhalb eines Jahres durch die Neuschaffung von neunhunderttausend Arbeitsplätzen die Zahl der Arbeitslosen auf 12,1 Prozent reduzieren.

Laut Angaben der Organisation für Führung und Planung wurden in den vergangenen drei Jahren im Durchschnitt jährlich 538 tausend neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese sind zu einem Teil durch neue Regierungs- Investitionen in Höhe von 900 Milliarden Tuman zustande gekommen. Das Geld wurde Unternehmern zur Verfügung gestellt, die ihr Unternehmen ausgebaut und dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Dieses Projekt wurde trotz Kritik einiger Sachverständiger durchgeführt. Die Kritiker waren der Ansicht, dass man nicht durch finanzielle Unterstützung, sondern nur durch produktive Investitionen die Arbeitslosigkeit reduzieren kann. Demgegenüber behauptet nun die Regierung, dass die spürbaren Erfolge ihres Projektes die Kritiker widerlegt hätten.

Gemäß dem dritten Fünfjahrplan sollten jährlich im Durchschnitt 760 tausend neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Seit dem Beginn des Plans sind drei Jahre vergangen. Während dieser Zeit hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 700 tausend erhöht. Die Planorganisation bzw. die Regierung müssen sich demnach für die restlichen zwei Jahre etwas Neues einfallen lassen. Sachverständige haben ausgerechnet, dass für die Schaffung von 900 tausend

neuen Arbeitsplätzen rund 20 Milliarden US-Dollar nötig sind. Das ist mehr als die Summe, die der iranische Staat jedes Jahr durch den Verkauf von Erdöl einnimmt. Selbst wenn das Land diese hohe Summe aufbringen könnte, bliebe die Frage, ob Iran tatsächlich die Möglichkeit hätte, diese Summe produktiv einzusetzen. Es gibt Stimmen, die sagen, dass im Falle der Senkung der Zolltarife die Inlandproduktion in weiten Bereichen nicht mit eingeführten Waren konkurrieren könnte, was zur Schließung vieler Betriebe und zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen würde.

Nach Meinung von Sadegh Bachtari, Stellvertretender Leiter des Amtes für Arbeitsplanung, sind 75 Prozent der Arbeitslosen ohne fachliche Ausbildung. „Menschen mit Ausbildung finden immer eine Arbeit“, sagte er. Amtliche Statistiken können diese Aussage nicht bestätigen. In Iran gibt es jährlich im Durchschnitt 200 bis 250 tausend neue Hochschulabsolventen, davon finden rund 70 tausend eine Arbeit. (siehe auch S. 11 dieses Berichtes)

Iran müsste, um der Zunahme der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten, jährlich mehr als eine Million neue Arbeitsplätze schaffen. Dieses Ziel wird durch staatliche Investitionen nicht zu erreichen sein. Deshalb wird die Privatisierung als ein Weg zum Erfolg betrachtet. Zugleich sollen mehr Anreize für ausländische Investitionen geschaffen werden. Die Regierung hofft im laufenden Jahr auf rund zehn Milliarden Dollar ausländische Investitionen. Die Investitionen sollen in den Bereichen Energieversorgung, Ölraffinerien, Eisenbahnbau, Bau von Flughäfen und anderen Bereichen der Infrastruktur getätigt werden. Das Problem ist nur, dass ausländische Investoren in Anbetracht der politischen Verhältnisse des Landes und des Mangels an Sicherheit nicht leicht zu haben sind. Zudem müssen Handelsbarrieren und staatliche Monopole abgebaut werden, was bisher am Widerstand beteiligter Interessengruppen bisher gescheitert ist.

### Iran schlägt für die OPEC-Länder eine Einheitswährung vor: Euro als Vorbild

Pressemeldungen zufolge ist das iranische Wirtschafts- und Finanzministerium dabei, einen Vorschlag zur Bildung

einer Einheitswährung für die OPEC-Länder auszuarbeiten. Wie die in Teheran erscheinende Tageszeitung „Hams-hahri“ berichtet, steht noch nicht fest, wann Iran den OPEC-Ländern den Vorschlag vorlegen wird. Finanzsachverständige des Ministeriums vertreten die Meinung, dass eine Einheitswährung für die OPEC-Länder enorme finanzielle Vorteile bringen und die Macht der Organisation auf dem internationalen Markt stärken würde.

In dem Vorschlagsentwurf steht: „Die OPEC-Einheitswährung wäre durchaus in der Lage, mit Dollar und Euro zu konkurrieren.“ Eine besondere Bezeichnung für die Währung ist in dem Entwurf noch nicht vorgesehen. Die Verfasser des Entwurfs vertreten die Ansicht, dass eine einheitliche Währung die Währung der beteiligten Länder stabilisieren und der Inflation oder Stagnation entgegen wirken könnte. OPEC habe bisher ihre Aufgabe darin gesehen, die Produktionsmenge festzulegen und den Ölpreis auf dem Weltmarkt zu kontrollieren. Dabei hätte sie zahlreiche Möglichkeiten, die den Mitgliedsländern enorme Vorteile bringen könnten. Mit einer einheitlichen Währung könnte sich OPEC auf dem internationalen Finanzmarkt behaupten und auch große Investitionen tätigen.

Die Autoren des Entwurfs verweisen auf die europäische Einheitswährung und die Vorteile, die der Euro für die beteiligten Länder bringt. Eine OPEC-Währung würde auch den Handel zwischen den ölproduzierenden Ländern erheblich erleichtern und ausbauen. Zur Deckung der neuen Währung wird vorgeschlagen, dass jeder Mitgliedstaat ein Prozent seiner Gas- und Öleinnahmen dafür zur Verfügung stellt. Auch Gold, Silber oder Edelsteine könnten als Deckung dienen. Wie jede Währung werde auch die OPEC-Währung einen inländischen und einen ausländischen Wert haben. Wichtig sei auf jeden Fall die Gleichstellung mit Dollar und Euro.

Es soll eine OPEC-Bank mit Zweigstellen in der ganzen Welt gegründet werden. Die Bank könne dann Investitionen tätigen, Kredite vergeben und Aktien verkaufen. Dadurch könnten die Einnahmen der beteiligten Staaten gesteigert werden.

### **Iranische Gewerkschaften werden sich dem internationalen Standard anpassen**

Obwohl die iranischen Gewerkschaften noch nicht legalisiert sind, haben die Internationale Organisation für Arbeit (ILO) und das iranische Arbeitsministerium in einer gemeinsamen Stellungnahme erklärt, dass die iranischen Gewerkschaften sich dem internationalen Standard anpassen und als einzige Organisation die Arbeiter des Landes vertreten werden.

Dieser Beschluss kam zustande, nachdem eine Delegation der ILO vor sieben Monaten Iran besucht und bei ihrem Abschlußbericht gewisse Widersprüche zwischen den iranischen Arbeitsgesetzen und international anerkannten Grundsätzen des Arbeitsrechts festgestellt hatte. Inzwischen liege ein Entwurf vor, in dem das iranische Arbeitsrecht dem internationalen Standard angepasst und die Unabhängigkeit und freie Aktivität der Gewerkschaft garantiert wird, berichtet IRNA.

Der Entwurf trennt die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften von denen der Islamischen Räte, die zurzeit noch bei gewerkschaftlichen Angelegenheiten der Arbeiter eine zentrale Rolle spielen. Diese sollen in Zukunft lediglich eine beratende Funktion übernehmen. Dieser Beschluss wird sich nach Meinung der ILO-Vertreter zugunsten der Arbeiter auswirken. Gemäß dem Entwurf sollen zwar die Gewerkschaften beim Arbeitsministerium registriert werden, dem Ministerium ist jedoch untersagt, sich in die Angelegenheiten der Arbeiter einzumischen oder auf sie Einfluss zu nehmen.

Der Entwurf hat bei den Islamischen Räten und dem „Haus der Arbeit“ heftige Proteste ausgelöst. Doch das Arbeitsministerium zeigte sich entschlossen, den Entwurf durchzusetzen.

Die ILO erklärte, dass sie Iran aus der Liste jener Staaten, die von den internationalen Standards abweichen, gestrichen habe. Sie werde demnächst in Teheran eine Zweigstelle eröffnen. Das ILO-Büro in Teheran war vor 24 Jahren im Zuge der Revolution geschlossen worden.

**Der Anteil Irans am Welthandel sank in 22 Jahren um vier Prozent**

Farhad Dejpasand, Stellvertreter des Amtes für Planung im iranischen Handelsministerium erklärte gegenüber der Presse, der Anteil Irans am Welthandel sei in den Jahren zwischen 1980 und 2002 von 49 auf 45 Prozent gesunken. Im Vergleich dazu hat sich zum Beispiel der Anteil von Singapur im selben Zeitraum verdoppelt, der Anteil von Malaysia bzw. Südkorea gar verdreifacht.

Fereydum Chawand, Wirtschaftsredakteur des Auslandssenders „Radio Farda“ berichtet, dass das Gesamtvolumen des Welthandels im Jahr 2000 bei 6500 Milliarden Dollar lag, während der Wert des iranischen Handels 25 Milliarden Dollar betrug. Das sei noch niedriger als Dejpasand bekannt gegeben habe. Das Bild sähe noch weit ungünstiger aus, wenn man den Ölexport herausnehmen würde. Dann würde sich Iran mit einem Handelsvolumen von vier bis fünf Milliarden Dollar gegenüber anderen Staaten kaum noch behaupten können.

**Thyssen-Krupp kauft iranische Anteile**

Die Befürchtung, der relativ hohe Anteil Irans an den Thyssen-Krupp-Aktien könnte zu Schwierigkeiten beim Handel mit den USA führen, hat den Düsseldorfer Konzern dazu veranlasst, für mehr als 400 Millionen Euro Aktien zum dreifachen Wert des aktuellen Kurswertes von Iran zurück zu kaufen, berichtet das Nachrichten-Magazin „Der Spiegel“. Auf diese Weise sei der Anteil Irans am Unternehmen auf unter fünf Prozent reduziert worden. Der Rückkauf sei unter Berufung auf einen Artikel des Aktiengesetzes erfolgt, der solche Schritte für jene Fälle vorsieht, in denen dem Unternehmen großer Schaden droht, zitiert der „Spiegel“ einen Sprecher der Gesellschaft, der zu den Hintergründen der Angelegenheit keine weitere Informationen geben wollte.

Fest stehe jedenfalls, dass nach einem amerikanischen Handelsgesetz Firmen, deren Eigentümer aus Ländern stammen, denen die USA nicht wohl gesonnen seien, keine Regierungsaufträge erhalten würden, fährt der „Spiegel“ fort. Dieses Gesetz werde in letzter Zeit strenger gehandhabt. Thyssen-Krupp exportiere jährlich Waren im Wert von rund acht Milliarden Dollar.

Mit einem Kaufpreis von 24 Euro pro Aktie habe Thyssen fast das Dreifache des aktuellen Preises an die IFIC Holding, die die Anteile Irans an dem Unternehmen hält, bezahlt. Man habe sich insgesamt auf einen Kaufpreis von 406 Millionen Euro für 16,9 Millionen Aktien geeinigt. Dies habe zu einer Verstimmung unter den Anlegern geführt. Denn am selben Abend notierte die Aktie mit 8,6 Euro um 5,8 Prozent niedriger.

### III. Außenpolitik

#### IAEA-Bericht verschärft die Konflikte zwischen Iran und USA

Die Internationale Atombehörde (IAEA) erteilte bei ihrer Ratssitzung zwischen dem 16. und 20. Juni Iran eine Rüge. Nach Meinung der Behörde, die auf einem Bericht ihres Generaldirektors Mohammad El Baradei basierte, hat Iran einen Teil seines Atomprogramms verschwiegen und es versäumt, über Nuklearmaterial und nuklear bezogene Aktivitäten komplett zu berichten. Die Behörde rief Teheran auf, sein Atomprogramm offen zu legen und die Zusatzprotokolle zum Atomsperrvertrag, die der IAEA unangemeldete Kontrollen erlauben, zu unterzeichnen.

Offenbar wurde lange an dem Bericht gebastelt. Die USA, die auf eine scharfe Stellungnahme gedrängt hatten, zeigten sich mit dem Beschluss zufrieden. Kenneth Brill, US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, sagte, er sei „sehr zufrieden“. „Wir haben eine wichtige Nachricht vom IAEA-Direktorium erhalten, die die Bedenken der USA über Irans Atomprogramm stützt.“ Ein Diplomat sagte der Agentur Reuters: „Die Erklärung des Gremiums war eine Rüge, nicht eine Verteilung. Aber es war mehr, als ich erwartet hatte.“ US-Präsidentialamtssprecher Ari Fleischer forderte Iran auf, die Anforderungen der IAEA zu erfüllen. „Andernfalls wird die Welt zu dem Schluss kommen, dass Iran vielleicht Atomwaffen herstellt“, sagte er. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ging noch einen Schritt weiter. „Geheimdienste in den USA und in aller Welt gehen davon aus, dass Iran derzeit keine Atomwaffen hat“, sagte er zu Studenten des Marshall-Centers für Sicherheitspolitik im bayrischen Garmisch-Partenkirchen. „Die Einschätzung ist, dass das Land ein sehr aktives Programm und wahrscheinlich in relativ kurzer Zeit Atomwaffen hat.“

Der Verdacht, Iran könnte tatsächlich die Absicht haben, Atombomben zu bauen, wurde durch einen Bericht der japanischen Zeitung „Sankei“ erhärtet. Die Zeitung berichtete, iranische Atomexperten seien mehrfach heimlich nach Nordkorea gereist, um sich dort über Methoden des Verbergens von Atomprogrammen zu informieren. Die Wissenschaftler hätten teures Geld für Tricks bezahlt, mit denen sie die In-

ternationale Atombehörde täuschen könnten. Die Zeitung vermutet, dass es auch um die „Zusammenarbeit bei der atomaren Entwicklung“ ging.

Erhärtert wurde der Verdacht weiterhin durch eine Erklärung der iranischen Atombehörde, in der bekannt gegeben wurde, dass Iran vor zwölf Jahren 1800 Kilogramm Uran aus China bezogen habe. Der Leiter der Behörde, Gholamreza Aghazadeh, sagte gegenüber der Presse in Teheran, Iran habe 1991 insgesamt 1000 Kilogramm Uran-Hexafluorid und 800 Kilogramm Uran-IV-Fluorid eingeführt. Davon seien nur kleine Mengen zu Forschungszwecken genutzt worden. Weder Peking noch Teheran hätten die Notwendigkeit gesehen, die Internationale Behörde darüber zu informieren. Nun habe Iran das Uran in den Inspektionsprozess der IAEA einbezogen.

Zu der Befürchtung, die Fakten könnten die USA zu militärischen Maßnahmen gegen Iran veranlassen, gab es seitens der US-Regierung zwei entgegen gesetzte Stellungnahmen. Außenminister Colin Powell sagte auf dem World Economic Forum in Jordanien: „Wir sind gegen die Unterstützung terroristischer Handlungen, gegen ein Entwicklungsprogramm von Atomwaffen.“ Die USA hofften zudem, dass Iran nicht den Wiederaufbau im Nachbarland Irak stören werde. Es sei doch falsch zu sagen, die USA bereiteten gegen Iran aggressive Handlungen vor oder wollten einen weiteren Konflikt.

Anders als der Außenminister schloss US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice eine kriegerische Handlung gegen Iran nicht aus. Sollten die Europäer nicht mithelfen, Iran und Nordkorea an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern, würden die Vereinigten Staaten allein handeln, sagte sie der britischen Zeitung „Daily Telegraph“. „Wenn es keine Lösung ‚Made in America‘ geben soll, dann lasst uns herausfinden, wie die Angelegenheiten Nordkoreas und Irans zu lösen sind.“ Den USA liege nichts daran, die Frage der Nicht-Verbreitung von Atomwaffen jedes Mal nach dem Muster Iraks zu behandeln, fügte sie hinzu.

Auch Präsident Bush nahm zu den Berichten über das iranische Atomprogramm Stellung. Die internationale Gemeinschaft müsse gegenüber Teheran ganz klar machen, dass „wir den Bau einer Atomwaffe in Iran nicht tolerieren werden“, sagte Bush im Weißen

Haus. Sollte Iran Atomwaffen entwickeln, wäre dies sehr gefährlich. Er habe das Thema auf dem G-8-Gipfel in Frankreich angesprochen. Dort habe es eine fast generelle Übereinstimmung gegeben, dass alle Staaten zusammenarbeiten müssten, um Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern.

Nach einer von der Washington Post veröffentlichten Umfrage würde die Mehrheit der US-Bürger einen Krieg gegen Iran unterstützen. 65 Prozent der Befragten erklärten, sie seien mit einer Militäraktion gegen Iran, die das Land am Bau von Atomwaffen hindern würde, einverstanden. 38 Prozent sprachen sich gegen einen Krieg aus.

Indes versicherte Irans Staatspräsident Chatami, dass sein Land nicht die Absicht habe, Atombomben zu bauen. Er wies die Vorwürfe aus den USA entschieden zurück und forderte zugleich die internationale Gemeinschaft auf, Irans Recht auf den Besitz moderner und friedlicher Technologie für Atomenergie zu respektieren. „Wir erklären mit allem Nachdruck“, sagte Chatami, „dass wir Atomwaffen nicht anstreben.“ Iran sei nicht der Meinung, dass Atomwaffen Sicherheit gegen ein Land gewährleisten könnten, das diese Waffen bereits besitze. Dabei nannte er Israel, das ständig seine Atomwaffen weiterentwickle und zurzeit im Besitz von rund 400 Atomsprengköpfen sei, mit denen es nicht nur die Region, sondern „die ganze Welt in Schutt und Asche legen“ könnte. Er habe kein Problem damit, weitere Verpflichtungen einzugehen und eine volle und umfassende Kooperation mit der Internationalen Atombehörde zu leisten, sagte Chatami.

Schärfer als Chatami setzten sich 158 Abgeordnete im iranischen Parlament gegen den Druck von außen zur Wehr. In einem Schreiben an den Staatspräsidenten, das von der Nachrichtenagentur IRNA veröffentlicht wurde, erklärten die Abgeordneten, sie unterstützen das friedliche Atomprogramm der Regierung und verurteilen jeden Druck von außen, der diesbezüglich auf Iran ausgeübt werde. Die Islamische Republik Iran habe sich stets für den Frieden und gegen den Bau von Atom- und andere Massenvernichtungswaffen eingesetzt. Sie sei der Meinung, dass solche Waffen der Völkergemeinschaft Unsicherheit und Krisen statt Sicherheit bescherten würden. Iran habe den Atomsperrvertrag unterzeichnet und sei

entschlossen, die Atomenergie lediglich zu friedlichen Zwecken zu verwenden. Ein Verzicht auf die friedliche Verwendung der modernen Technologie würde nichts anderes bedeuten als ein Verrat an künftigen Generationen.

Diesen Stellungnahmen zum Trotz signalisierte die iranische Regierung zunächst die Bereitschaft zum Einlenken: Der Sprecher der Iranischen Nuklearenergieorganisation, Sejed Chalil Musawi, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur AFP, die Verantwortlichen in Teheran prüften derzeit „mit positiver Grundhaltung“ die Möglichkeit der Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zum Atomsperrvertrag. Eine Entscheidung sei jedoch noch nicht gefallen. Auch der Leiter des iranischen Atomprogramms, Gholamreza Aghazadeh, zeigt sich kompromissbereit. „Wir sind bereit, einen Prozess zur Unterzeichnung der Zusatzprotokolle einzuleiten, aber wir erwarten von der Internationalen Atomenergiebehörde und ihren Mitgliedstaaten, die über hoch entwickelte Nukleartechnologie verfügen, dass sie ihre Verpflichtungen gegenüber Iran erfüllen“, sagte er vor Journalisten in Teheran. Er warf den USA vor, die Bedeutung der IAEA-Vorwürfe zu übertreiben. Iran habe keine internationalen Verträge verletzt und arbeite bereits über seine Verpflichtungen hinaus mit der Atombehörde.

Inzwischen scheint sich Iran aber doch zu einer härteren Gangart entschlossen zu haben. Außenminister Kamal Charrasi sagte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem britischen Außenminister Jack Straw in Teheran: „Bevor Iran einen Schritt nach vorn macht, ist es unser Recht zu erwarten, dass die anderen einen Schritt nach vorn machen.“ Demgegenüber erklärte Straw, sollte Iran das Protokoll unterschreiben, werde die internationale Gemeinschaft „in nicht allzu ferner Zukunft“ soviel Vertrauen in das Land haben, „dass die Sanktionen aufgehoben werden“. Allerdings müsse der erste Schritt von Iran ausgehen. Iran solle sich mit seiner Weigerung, sein Atomprogramm kontrollieren zu lassen, seine Beziehungen zur Europäischen Union nicht aufs Spiel setzen. Der in Aussicht gestellte Kooperations- und Handelsvertrag sei abhängig von der Kooperation im Bezug auf Menschenrechte und Massenvernichtungswaffen. „Wenn Iran nicht den zusätzlichen Vertrag unterzeichnet, wird sich das Vertrauen

in das Land nicht verbessern und die internationale Gemeinschaft wird zurückhaltend dabei sein, Sanktionen zu beenden", sagte der britische Außenminister.

#### **Bundesministerin Wieczorek-Zeul kritisiert Iran-Politik der USA/Fischer besorgt über iranisches Atomprogramm**

Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidi Wieczorek-Zeul (SPD) zeigte sich in einem Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel“ beunruhigt über die Drohungen, die wegen der iranischen Atompolitik aus Washington an die Islamische Republik gerichtet wurden. Diese Drohungen ließen den Eindruck entstehen, als habe Washington die Absicht, die Irak-Politik fortzusetzen. „Vor einem solchen Schritt kann ich nur warnen. Das wäre der falsche Weg“, sagte sie.

Wie die „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ berichtete, hegt auch das Auswärtige Amt den Verdacht, dass Iran bemüht sei, sich Atomwaffen zu verschaffen. Die Zeitung beruft sich auf eine „zuständige Quelle“, die das Bemühen Irans, sich im Ausland eine entsprechende Technologie zu beschaffen sowie die „Art und Dimensionierung“ des iranischen Atomprogramms als Indizien für den Verdacht angeführt habe. Echte Beweise dafür gäbe es jedoch bislang nicht. Das Auswärtige Amt erwäge Iran gegenüber eine Doppelstrategie von Druck und Angeboten. Das Land soll unter Druck gesetzt werden, damit es die Zusatzprotokolle über erweiterte Kontrollrechte der Internationalen Atombehörde unterzeichnet. Dieser Schritt soll als Voraussetzung zu einem möglichen Kooperations- und Handelsabkommen mit der EU dienen.

Auch der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Friedbert Pflüger (CDU), äußerte seine Zustimmung zu dieser Doppelstrategie. Er erklärte gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, er sei für „Härte im Nachfragen“, aber wenn Iran zur Kooperation bereit sei, „sollte die EU das belohnen“.

Indes haben die EU-Außenminister bei ihrer Tagung in Brüssel den Ton gegenüber Iran verschärft. In einer Grundsatzerklärung zur Verbreitung von Nuklearwaffen wird betont, dass die EU zur Verhinderung illegaler Weiterver-

breitung von Massenvernichtungswaffen auch Gewaltanwendung in Betracht zieht. Sollten diplomatische Versuche scheitern, werde man zu anderen Mitteln wie Abfangen von Schiffen oder direkter Gewaltanwendung greifen. „Die Verbreitung von Waffenvernichtungswaffen (biologische, chemische und atomare Waffen) und Mitteln zu ihrem Einsatz wie ballistische Raketen stellt eine Bedrohung von internationalen Frieden und Sicherheit dar“, heißt es in der Erklärung. Sollten Terroristen in Besitz solcher Waffen gelangen, könnte dies „unkontrollierbare Konsequenzen“ haben. „Bewaffnet mit Waffen oder Material der Massenvernichtung könnten Terroristen Schäden verursachen, die in der Vergangenheit nur Staaten mit großen Armeen erreichen konnten.“ Bei möglichen Sanktionen soll der UN-Sicherheitsrat eine zentrale Rolle spielen.

Parallel zu dieser Erklärung forderten die EU-Staaten Iran auf, die Forderungen der Internationalen Atombehörde zu akzeptieren. Iran müsse „alle Fragen im Zusammenhang mit seinem Nuklearprogramm ohne Verzögerung, vollständig und angemessen beantworten“, heißt es in der Erklärung. „Dies wäre ein wichtiger Schritt, wenn der Nachweis erbracht werden soll, dass Iran mit seinem Nuklearprogramm friedliche Absichten verfolgt.“ Nach Informationen von teilnehmenden Diplomaten soll bei dieser Stellungnahme ein Absatz, der Iran das Recht einräumte, ein ziviles Atomprogramm zu entwickeln, gestrichen worden sein.

Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana forderte nach dem Treffen Iran auf, sein Atomprogramm offen zu legen. Dies sei „sehr wichtig“, sagte er. Der Dialog zwischen Iran und der EU müsse „auf Offenheit beruhen“. Die Gefahr, dass die Kontakte zur Islamischen Republik wegen der Atomfrage abgebrochen werden könnten, sehe er zurzeit nicht.

Auch der deutsche Außenminister Joschka Fischer äußerte sich über Iran. Er sei besorgt über das iranische Atomprogramm, dennoch sei er zuversichtlich, dass das Land einen friedlichen Wandel zur Demokratie vollziehen werde. „Dieser Wandel liegt im Interesse des Landes, aber auch der iranischen Jugend.“

Die Grundsatzerklärung der Außenminister kann als eine Annäherung an die Position der USA interpretiert werden.

Gerade Staaten wie Deutschland und Frankreich, die im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg eine militärische Intervention ablehnten, scheinen sich inzwischen zu einer Kurskorrektur entschlossen zu haben. Fischer antwortete auf die Frage, ob die Grundsatzklärung auch auf Iran angewendet werden könnte: „Grundsatzpositionen müssen dem Einzelfall angepasst werden.“ Die Diplomatie müsse beizeiten handeln, „damit man nicht in die Situation des letzten Mittels kommt“.

he, werde insbesondere von Staaten hochgespielt, die ihre eigenen Interessen verfolgen. „Wir wissen, dass einige westeuropäische Firmen auf diesem Gebiet eng mit Iran zusammenarbeiten. Sie beliefern das Land mit Materialien, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke genutzt werden können“, sagte Putin.

### **Russland will die atomare Zusammenarbeit mit Iran fortsetzen**

Russland werde ungeachtet der anhaltenden Kritik am iranischen Atomprogramm seine nukleare Zusammenarbeit mit Iran fortsetzen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin in einem Interview mit dem britischen Sender BBC. Zwar habe seine Regierung nach der Stellungnahme der IAEA zum iranischen Atomprogramm „einige ernsthafte Fragen“ an Iran zu richten. Doch er werde verhindern, dass russische Unternehmen wegen der Diskussion über die Nicht-Verbreitung von Atomwaffen ihre Arbeit in Iran einstellen.

Es ist bekannt, dass die USA seit geraumer Zeit auf Russland Druck ausüben, um das Land zur Einstellung der atomaren Zusammenarbeit mit Iran zu bewegen. Russland hatte nach seinem Treffen mit Präsident Bush in Petersburg Iran ultimativ aufgefordert, die Zusatzprotokolle zum Atomsperrvertrag zu unterzeichnen und damit der Internationalen Atombehörde den freien Zugang zu den Anlagen zu ermöglichen. Aus der nun erfolgten Stellungnahme Putins ist zu entnehmen, dass er neben der berechtigten Furcht, Iran könnte tatsächlich die Absicht haben, Atombomben zu bauen, den Verdacht hegt, dass bei den Attacken gegen Iran auch ökonomische und politische Aspekte eine Rolle spielen. Immerhin geht es bei dem Bau von Nuklearanlagen in Iran um mehrere Milliarden. Zudem haben zumindest die USA erklärtermaßen die Absicht, in Iran einen Regimewechsel herbeizuführen. Russland scheint nicht bereit zu sein, den USA auf diesem Weg zu folgen.

Putin betonte, dass der Bau von Atombomben eine Bedrohung darstelle, verwies jedoch in diesem Zusammenhang auf Südasien, Nordkorea und den Nahen Osten. Die Gefahr, die von Iran ausge-